

Rendsburger Erklärung

Sozialpolitische Positionen des PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein zur Landtagswahl 2012

(beschlossen von der Mitgliederversammlung des PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein am 2. Dezember 2011)

Vorbemerkung

Die Mitgliedsorganisationen im PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein stellen fest, dass die soziale Infrastruktur im Land schwindet, dass die Spaltung der Gesellschaft in solche, die gewinnen und solche, die verlieren zunimmt und die sozialen Probleme wachsen. Der Staat zieht sich aus der Verantwortung für eine sozial gerechte Gesellschaft zurück. Die Ökonomisierung der sozialen Arbeit muss Grenzen haben. Eine Kursänderung ist notwendig.

Wir melden uns als großer Verband der Zivilgesellschaft aus Verantwortung für **alle** Menschen im Land zu Wort, um das Leitziel Inklusion in allen Lebensbereichen zu verwirklichen. Wir fordern Antworten auf die drängenden sozialen Fragen:

1. Was ist zu tun, damit alle Kinder und jungen Menschen in unserem Land gerechte Chancen haben, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden?
2. Was ist zu tun, damit Menschen, die im Laufe ihres Lebens auf Unterstützung und Förderung angewiesen sind, in unserem Land Halt und Hilfe durch eine verlässliche soziale Infrastruktur finden?
3. Wie können wir sicherstellen, dass Menschen im Alter die Unterstützung und Pflege erhalten, die sie brauchen und die ihnen ein Leben in Würde ermöglicht?

4. Wie gestalten wir Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientierte soziale Organisationen und Unternehmen, damit ihre Beschäftigten und die ehrenamtlich Tätigen ihre Aufgaben mit Zufriedenheit und hoher Qualität erfüllen können?
5. Wie erreichen wir, dass der persönliche Hilfebedarf der Menschen im Mittelpunkt der Leistungsbewilligung steht?

In den Einrichtungen und Diensten des PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein engagieren sich ehrenamtlich und hauptamtlich mehr als 40.000 Menschen für viele hunderttausend Menschen im Land, die auf Unterstützung angewiesen sind. Die Menschen, für die wir da sind, haben ein Recht auf gute Hilfe. Dafür brauchen wir Rahmenbedingungen, auf die wir uns verlassen können.

Im PARITÄTISCHEN bündeln sich Erfahrungen von vielen gesellschaftlichen Gruppen. Sie kommen von der Selbsthilfebewegung, der Zivilgesellschaft und den professionell Tätigen. Unsere sozialpolitischen Positionen und Forderungen haben deshalb eine breite und fundierte Grundlage. Wir übernehmen Verantwortung für unser Land!

Chancengerechte Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

Wir wollen erreichen, dass **alle** Kinder und jungen Menschen im Land gute Startchancen haben. Dazu ist es notwendig, die frühkindliche Bildung und Betreuung sowie den Schutz für alle Kinder im Land nachhaltig zu verbessern, Familien zu stärken und das Engagement der Bürger/innen zu fördern.

Wir setzen uns insbesondere dafür ein,

- dass inklusive Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen erreicht wird,
- dass das Land die Verantwortung für die Sicherstellung der Qualität der Arbeit in den Kindertagesstätten übernimmt,
- dass die Finanzierung der Kindertagesstätten im Land nach einheitlichen und transparenten Grundsätzen erfolgt und freie und öffentliche Träger gleich behandelt werden,
- dass es zu einer einheitlichen Sozialstaffelregelung im Land kommt und mittelfristig der Besuch der Kindertagesstätten beitragsfrei ist,
- dass die Förderung der freien Schulen schrittweise der Förderung der öffentlichen Schulen angeglichen wird, wenn sie eine Schule für alle sind,

- dass öffentliche Schulen, wenn Schulträger und Eltern dies wollen, ohne Nachteile in frei-gemeinnützige Trägerschaften überführt werden können,
- dass das Land sicherstellt, dass es in allen Schulen Schulsozialarbeiter/innen gibt, die jeweiligen Bedarfe berücksichtigt werden und dass die freien Jugendhilfeträger an der Umsetzung beteiligt werden,
- dass das Landeskinderschutzgesetz konsequent umgesetzt wird,
- dass die Finanzierung der Familienbildungsstätten sichergestellt wird
- dass Kinder und Jugendliche mit auffälligem Verhalten auch außerhalb der Institutionen angemessen und fachlich qualifiziert begleitet und unterstützt werden können.
- dass Kinder von Einwanderern, die nicht nur die Staatsangehörigkeit der Eltern, sondern durch die Geburt auch die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen haben, mit der Volljährigkeit beide Staatsangehörigkeiten behalten dürfen.

Soziale Infrastruktur

Unsere Gesellschaft benötigt eine verlässliche soziale Infrastruktur, die den Menschen selbstbestimmte Teilhabe sowie Halt und Perspektive in schwierigen Lebenssituationen ermöglicht. Dazu gehören Bildungs- und Beratungsangebote und Anlaufstellen, individuelle Hilfen für Menschen in Not, Unterstützung für Menschen mit Behinderung und ihren Familien, die Förderung des Ehrenamts und der Selbsthilfe und viele andere Angebote, die Selbsthilfe, bürgerschaftliches Engagement und professionelle Dienstleistungen miteinander verbinden.

Wir setzen uns insbesondere dafür ein,

- dass das Land zu seiner Verantwortung steht, für eine tragfähige soziale Infrastruktur in den Städten und im ländlichen Raum zu sorgen,
- dass die Einrichtungen und Dienste vom Land (und den Kommunen) verlässliche und ausreichende Finanzierungen im Rahmen von Sozialverträgen erhalten, bewährte Verfahren, die sich an Zielen orientieren und die Bürokratiekosten senken,
- dass das Land gemeinsam mit Kommunen und Wohlfahrtsverbänden Initiativen zur Weiterentwicklung der Strukturen und Rahmenbedingungen startet sowie Planungsprozesse initiiert, für solide Datengrundlagen sorgt und Anreize für Weiterentwicklungen gibt,
- dass das Land einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf den Weg bringt, der die Landes- und die kommunale Ebene erfasst und die Menschen mit Behinderung bei Konzeption, Umsetzung und Monitoring des Planes beteiligt,

- dass Menschen, die Unterstützung brauchen, nicht zum Kostenfaktor degradiert werden,
- dass auf Landes- und kommunaler Ebene Gender Budgeting eingeführt wird
- dass die Sozialleistungsträger ihre gesetzlichen Leistungen nicht vorenthalten, sondern sie an den individuellen Bedürfnissen der Antragsteller ausrichten,
- dass alle Einwanderer, ob mit oder ohne Aufenthaltsrecht, Zugang zur Integration und Beratung haben,
- dass auch selbstbestimmte Lebensformen unterstützt werden.

Leben im Alter

Unser Ziel ist es, die Leistungen für Menschen im Alter so zu gestalten, dass alte Menschen in dem von ihnen gewünschten Lebensumfeld solange wie möglich wohnen können, ohne auf die notwendige Pflege und Unterstützung verzichten zu müssen. Die demographische Entwicklung stellt uns vor besondere Herausforderungen. Wir sind aufgefordert, die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten in der Pflege attraktiver zu gestalten.

Wir setzen uns insbesondere dafür ein,

- dass pflegerische Konzepte so weiterentwickelt werden, dass Selbstbestimmung und Teilhabe älterer Menschen tatsächlich ermöglicht werden,
- dass neue Wohnformen wie Quartiershäuser oder Hausgemeinschaften weiter gefördert und Beratungsstrukturen dazu erhalten bleiben,
- dass wir die Hilfen im Sozialraum neu gestalten und dabei mit Hilfe des Landes und gemeinsam mit den Kommunen Leuchtturmprojekte entwickeln, die zukunftsweisende Hilfeformen erproben,
- dass die Finanzierung der Ausbildung in der Altenpflege wie in der Krankenpflege verlässlich und zukunftsfest gestaltet wird und dass das Land als Zwischenschritt durch Zuwendungen kurzfristig weitere Ausbildungsplätze in der Altenpflege fördert,
- dass berufliche Vorerfahrungen bei der Ausbildungsdauer berücksichtigt und die Zugangswege zur Ausbildung auch für im Ausland erworbene Berufsausbildungen erleichtert werden,
- dass das Land auf der Bundesebene aktiv Vorschläge zur Überwindung der starren Finanzierungsgrenzen zwischen den Sozialgesetzbüchern einbringt,
- dass es in allen Regionen Schleswig-Holsteins unabhängige Pflegeberatungsstellen gibt,
- dass die Finanzierung so gestaltet wird, dass die Pflegekräfte im Vergleich zu anderen Branchen eine bessere Anerkennung und Bezahlung erhalten.

Arbeit im Sozialen

Unsere Gesellschaft kann ohne gute Angebote in der Erziehung und Bildung, der Behandlung, Betreuung, Pflege oder Beratung nicht funktionieren. Alle Menschen in unserem Land sind im Laufe ihres Lebens auf diese Unterstützungen angewiesen. Wir stellen mit großer Sorge fest, dass sich die Rahmenbedingungen stetig verschlechtern und gleichzeitig die Bedarfe und Anforderungen steigen.

Die gemeinwohlorientierte Sozialwirtschaft im PARITÄTISCHEN leistet mit ihren Beschäftigten viel für Schleswig-Holstein. Sie organisiert gute soziale Arbeit, sie stärkt die Fähigkeiten der Menschen, sich selbst zu helfen, sie bindet freiwilliges Engagement und setzt sich für die Weiterentwicklung der Qualität ein. Im Gegenzug für unsere Leistungen benötigen wir einen verlässlichen Sozialstaat als Partner. Wir übernehmen Verantwortung, dafür erwarten wir

- verlässliche und transparente Rahmenbedingungen, die über den Tag hinaus Bestand haben,
- eine Förderung der gemeinnützigen Sozialwirtschaft, wie sie auch anderen Zukunftsbranchen zu Teil wird,
- auskömmliche Finanzierungen für unsere Leistungen,
- weniger bürokratische Fesseln und kleinteilige Regulierung, dafür mehr Freiheitsgrade bei der Leistungserbringung,
- dass Menschen, die Unterstützung leisten, nicht zum Kostenfaktor degradiert werden, sondern politische und gesellschaftliche Anerkennung für ihre Arbeit erhalten,
- faire Arbeitsbedingungen für unsere Mitarbeiter/innen und die Mittel dafür.

Fazit

Wir erwarten von der Landespolitik, dass sie verlässlich Verantwortung für die Ausgestaltung einer nachhaltigen sozialen Infrastruktur übernimmt und die Zukunftsaufgaben planvoll anpackt. Wir erwarten deutliche Aussagen, wie sie sich die Zukunft des Sozialen im Land vorstellt, welche Antworten sie auf unsere Fragen hat und was sie tun will, um die Ziele zu erreichen. Wir wünschen uns Initiativen des Landes zur Weiterentwicklung der sozialstaatlichen Rahmenbedingungen und zu gemeinsamen Planungsprozessen mit den Kommunen und der freien Wohlfahrtspflege.

Der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein bietet hierbei seine Partnerschaft an.